

Ein Schritt in die falsche Richtung?

Ist das „Reform-Paket Agenda 2010“ der rot-grünen Bundesregierung der dringend notwendige Befreiungsschlag?

Reformen sind notwendig in Deutschland. Daran zweifelt niemand. Kündigungsschutz, Krankenversicherung, Arbeitslosengeld: alles muss auf den Prüfstand. Das Ziel: niedrigere Lohnnebenkosten, mehr Investitionen, mehr Arbeitsplätze. Das Instrumentarium: Kürzungen, Streichungen, Privatisierung („mehr Eigenverantwortung“!), Deregulierung. So sollen die allenthalben auftretenden Defizite verringert, die Unternehmen zu neuen Investitionen ermuntert werden. Kann das klappen? Und: Ist das sozial gerecht?

Rund zwanzig Jahre dauernde „Feldversuche“ mit diesem Rezept (manche sagen „neoliberale Wirtschaftspolitik“ dazu) in vielen Ländern haben gezeigt: „Geklappt“ im Sinne von mehr Wohlstand für alle, im Sinne

von humanen Arbeitsplätzen für alle, die arbeiten wollen, hat es nirgendwo. „Geklappt“ im Sinne von höheren Unternehmensgewinnen, im Sinne von mehr Reichtum für immer weniger Menschen hat es dagegen

Dabei gäbe es – auch im Staate Deutschland – genügend Geld für Investitionen. Trotz Börsenkrise und Konjunkturflaute ist die Zahl der Dollar-Millionäre in Deutschland weiter (auf 755.000 Privatpersonen!) gestiegen. Allein das Vermögen eines einzigen der ALDI-Brüder ist so groß wie das Investitionsprogramm, das die Bundesregierung im Rahmen der Agenda 2010 den Kommunen versprochen hat. Die „öffentliche Armut“ steht also einem wachsenden „privaten Reichtum“ gegenüber.

Dennoch gibt es in der Agen-

per Beschluss als konkrete Politikziele formuliert.

Den öffentlichen Kassen sehr gut tun würde auch ein Subventionsabbau gerade in ökologisch problematischen Sektoren (Steinkohlebergbau, Landwirtschaft, Entfernungspauschale u.a.). Insofern ist es erfreulich, wenn etliche grüne Bundestagsabgeordnete (darunter auch die Bamberger MdB Ursula Sowa) eine stärkere ökologische Ausrichtung der Agenda 2010 angemahnt haben. Zudem müssten endlich „ur-grüne Politikkonzepte“ zur Reform des Sozialstaats (Stichwort: Bürgerversicherung, zu der alle Einkommensarten herangezogen werden) umgesetzt werden.

Wenn all dies gelingt – aber nur dann – kann von echten „Struktur“-Reformen geredet werden. Vorerst droht die Agenda 2010 in der Schröder'schen Fassung aber ein Schritt in die falsche Richtung zu werden.

Daran wird auch eine vorgezogene, vornehmlich auf Pump finanzierte Steuerreform nichts ändern.

„Grüne mit 90% für Agenda 2010“ – So war es, aber es war auch anders!

Die Grünen wirkten bei ihrem Sonderparteitag im Juni in Cottbus treuer zum Kanzler und seinen Vorstellungen als die SPD. Die innerparteiliche Debatte lief gesitteter und früher ab. Und die Agenda 2010 erhielt überwältigend 90% der Stimmen der Delegierten, so war in den Medien zu lesen.

Ganz so simpel war es aber nicht.

Die Diskussionen im Vorfeld und auf dem Parteitag zeigten, dass das kritische Potential bei den Grünen immer noch eine starke und wichtige Rolle spielt. Von der GAL Bamberg unterstützt wurde der Gegenantrag zu dem vom Bundesvorstand vorgelegten Leittrag. Darin wurde mehr soziale Gerechtigkeit bei den Kürzungen gefordert und ökologische Aspekte mehr berücksichtigt (z.B. mehr Förderung von erneuerbaren Energien

statt Subventionen für ökologisch problematische fossile Energien). Diese Gegenposition unterlag, erhielt aber immerhin 40% der Stimmen. Und noch eines geht bei der 90%-Meldung leicht unter: Bei der weiteren Behandlung des Leittrags auf dem Parteitag wurden entscheidende Kritikpunkte übernommen: als wichtigste die Einführung einer Vermögenssteuer und die Entlastung der Sozialkassen vom Aufbau Ost. Der so veränderte Schlussantrag war also ein Kompromiss, der beide Seiten berücksichtigt, und bekam deshalb konsequenterweise die hohe Zustimmung von 90% der Delegierten. In dieser Form kann die Agenda 2010 als Grundlage für einen modernen Umbau Deutschlands dienen. In dieser Form wird sie auch Basis für die weiteren Entscheidungen der Bundestagsfraktion sein.



Ohne Konsum kein Aufschwung. Die Konjunktur wird angekurbelt, wenn die Kaufkraft in der gesamten Bevölkerung steigt. Foto: Erich Weiß

Kurt Meier Umzüge
Gabelsberger Str. 2 • 96050 Bamberg
Tel. 09 51 / 20 22 76
Nah- & Fernumzüge
Entrümpelungen • Kleintransporte

KAUFRAUSCH
DER BESONDERE SCHMUCK
INT. KUNSTGEGENSTÄNDE
Austraße 27 • 96047 Bamberg
Tel. 0951/2 38 07

fast überall.

Zudem treffen die Spar-, Kürzungs- und Privatisierungsorgien (CSU-Seehofer!) vornehmlich den Geldbeutel derer, die ohnehin nicht viel Geld haben. Wie aber sollen Rentner, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger die Produkte und Dienstleistungen kaufen, die die Unternehmen herstellen? Ohne Konsum kein Aufschwung! Ohne „Massenkaufkraft“ kann es kein Wirtschaftswachstum geben.

da 2010 unverkennbar eine „soziale Schiefelage“ (Grünen-Chef Bütikofer): Die Kleinen werden geschröpft, die Reichen bleiben unangetastet. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Forderung, die Kosten der Deutschen Einheit endlich nicht mehr den Sozialkassen aufzubürden, sondern aus dem Steuersäckel zu finanzieren, sind deshalb allzu notwendig. Die Delegierten beim Bundestag im Juni haben das

Gastkommentar

Bernd Franze

Missachtetes Recht und missbrauchte Religion

„Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein. Immer ist er eine Niederlage der Menschheit. [...] wir sehen keine ethische oder völkerrechtliche Rechtfertigung für ihn.“ Diese scharfen Formulierungen fanden sich in einer gemeinsamen Erklärung u.a. von Kardinal Lehmann und dem EKD-Präsidenten Kock vom 20.3.2003, sie konkretisierten das imposante „Nein zum Krieg“ des Papstes. Zweifelloser wollten diese Stellungnahmen deutlich machen, dass es in der Politik stets auch verbindliche Verhaltensgrundsätze zu respektieren gilt. Ihre Relativierung ist nur um den Preis eines zynischen Pragmatismus zu haben, der auch für die transatlantischen Exportperspektiven der deutschen Autoindustrie stillhält.

Auf den ersten Blick war es daher unverstehlich, dass ausgerechnet die Pastorentochter Angela Merkel keine Lächerlichkeit scheute, um den Krieg des US-Präsidenten schönzureden. Von einem theologisch verantwortlichen Glaubensverständnis her erschien es wie indiskutables, ja blasphemisches Sadduzäertum: Einst hatte sich ja diese religiöse Macht- und Geldelite Jerusalems an die imperiale Militärmaschine Roms angebednet.

Bei genauerem Zusehen kommt jedoch ein Moment der Ideologisierung von Religion hinzu, wie man sie bei anderer Gelegenheit Muslimen gerne vorwirft. Der Weltkirchenrat hatte Bush den „Missbrauch religiöser Sprache“ vorgeworfen und eine wachsende Tendenz, „sich auf eine religiöse, ja sogar göttliche Legitimation für seine Absicht zu berufen, den Irak mit Gewalt zu entwaffnen“. Heiner Geißler hatte ihn als „christ-

lichen Ayatollah“ apostrophiert. Die gesamte Führungsriege der Union focht das nicht an: Schäuble, Zdk-Vize Annette Schavan, Glos, Goppel, den Ex-CVJM-Aktivistin Günther Beckstein, Pastor Hinze und natürlich den apokalyptisch orakelnden Friedbert Pflüger.

„Es gibt in der Politik keine objektiven, sondern immer nur definierte, also bearbeitete Bedrohungsanalysen“, schreibt der Politologe Ernst-Otto Czempel. Folglich suggeriert man den christlich-abendländischen Kaninchen, immer nur auf die islamistische Schlange zu starren, die gestern eine afghanische war und morgen eine iranische sein kann. Akademische Fußnoten wie der säkulare Charakter von Saddams arabischem Nationalismus waren kein Problem mehr, sobald man einen Außenminister gefunden hatte, der vor dem Sicherheitsrat ein paar schreckliche Massenvernichtungswaffen und Al-Kaida-Verbindungen zusammenlog. So ließ man sich in diesen fundamentalistischen Wahrnehmungstunnel schicken. Ein besonders drastischer Fall war die Aufschrift „The almighty“, immerhin einer der 99 schönen Namen Allahs, auf einer amerikanischen Panzerkanone. Wer in solch Orwell'scher Okkupation von Sprache der Abfeuerung des todbringenden Geschützes auf irakische Muslime höhere Weihen verleiht, kann als Hoherpriester der Gewalt mindestens christlich-soziale Freundschaft und Treue erwarten, vielleicht sogar ein paar religiöse Gefühlsschauer.

Bernd Franze, Germanist und Theologe, arbeitet als Studienrat an einem Bamberger Gymnasium und engagiert sich bei den „Bamberger Bürgern für den Frieden“



GEORG LUNZ
Malermeister & Baubiologe
Handwerksbetrieb für gesundes Bauen & Wohnen

Wir verarbeiten ökologische
Farben & Putze
Dämmstoffe
Wand & Bodenbeläge

Alte Kreisstraße 20
96123 Litzendorf/Naisa
Fon: 09505/6173
Fax: 09505/95 01 33